



Stadtkämmerer
Axel Imholz

Haushaltsrede 2014/2015

anlässlich der Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes in die
Stadtverordnetenversammlung
am 10. Oktober 2013

**Sperrfrist 10. Oktober 2013, 17.00 Uhr / Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort.**

Haushaltsrede

von Herrn Stadtkämmerer Axel Imholz

**anlässlich der Einbringung des Haushaltsplan-
entwurfes in die Stadtverordnetenversammlung
am 10. Oktober 2013**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

ich bringe heute den Doppelhaushalt 2014/2015 ein.
Eine neue Erfahrung, denn Haushaltsplanberatungen sind
mir zwar nicht fremd, aber diesmal stehe ich als
Stadtkämmerer sozusagen auf der „anderen Seite“.

Um die Zahlen, die Ihnen vorliegen, ist hart und kooperativ
mit allen Beteiligten gerungen worden. Es gibt viele Ideen
und Projekte, die wir in 2014/2015 umsetzen können. Es gibt
weitere Maßnahmen, die wir zunächst aufgrund der
finanziellen Lage verschieben müssen.

Trotzdem - Wiesbaden ist auf gutem Kurs!

Denn der Doppelhaushalt 2014/2015 berücksichtigt
gleichberechtigt die Verantwortung der Stadtpolitik für die
Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger bei der
Daseinsfürsorge sowie das finanziell Vertretbare für spätere
Generationen.

Wir profitieren bei unseren Steuererträgen von wirtschaftlicher Stabilität und dem aktuellen wirtschaftlichen Wachstum, das sich nach jetziger Erkenntnis fortsetzen wird.

Die Prognosen zu der wirtschaftlichen Entwicklung 2014 sind optimistisch:

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet für 2014 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,8 Prozent. Es wird erwartet, dass sich im Zuge des Aufschwungs auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern wird.

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Bundesverband Deutscher Banken sagen für 2014 ein Wachstum von 1,7 Prozent voraus.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) prognostiziert einen Anstieg um 1,9 Prozent.

Die Bundesregierung ist bei ihrer Konjunkturprognose etwas zurückhaltender als die Institute. Sie erwartet für 2014 ein Plus von 1,6 Prozent nach 0,5 Prozent in diesem Jahr.

Aber – bei allem Optimismus - es bleiben auch Risiken bei der Prognose. Diese Risiken sind immer noch groß - wie etwa die Unsicherheit über die Weltwirtschaft und die ungelöste Krise im Euro-Raum.

Und eines darf man auch nicht vergessen: Die positiven Effekte kommen bei uns zeitversetzt an. Durch die „Spitz“-Abrechnung der Gewerbesteuer nach dem Geschäftsjahr zeigt sich die Entwicklung in der Regel ein bis zwei Jahre später.

Daneben bleibt unser kommunales Risiko: Eine organisatorische Änderung bei einem oder zwei großen Gewerbesteuerzahlern kann zu einmaligen 8-stelligen Zu- oder Abgängen bei unserer Gewerbesteuer führen. Wiesbaden hat in der Vergangenheit mehrmals den negativen Effekt der Abgänge erlebt und dieses Jahr den positiven Effekt des Zugangs.

Das vorläufige Ergebnis 2012 zeigt die positive Entwicklung der Wiesbadener Finanzen.

Der damalige Haushalt 2012/2013 ging noch davon aus, dass Defizite unvermeidbar seien. Die Planung - nach dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns - erwartete für 2012 ein Defizit von 62 Mio. €. Erfreulicherweise zeigt das vorläufige Ergebnis 2012 einen leichten Überschuss von rd. 19 Mio. €. Das resultiert überwiegend aus besseren Steuereinnahmen, einer geringeren Zuführung zur Pensionsrückstellung und daraus, dass nicht alle geplanten Risiken eingetroffen sind.

Die positive Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit wenn man bedenkt, dass in anderen Kommunen die kommunalen Kassenkredite wachsen. Oder dass rund ein Viertel aller hessischen Kommunen dem Schutzschirm des Landes Hessen beitreten mussten.

Die aktuelle Hochrechnung lässt erwarten, dass wir das geplante Defizit auch im Jahr 2013 erheblich unterschreiten werden. Vielleicht gelingt uns sogar noch einmal ein leichter Überschuss.

Das erscheint möglich, da sich die Gewerbesteuer positiv entwickelt.

Mit um die 300 Mio. € haben wir aktuell den höchsten Stand an Gewerbesteuer, den es in Wiesbaden je gab. Nur zum Vergleich:

1999 waren es 210 Mio. €,

2007 (das Jahr vor der Finanzkrise) waren es 282 Mio. €

Dazu muss man allerdings wissen, dass in der Summe 2013 ein sogenannter „Einmaleffekt“ enthalten ist. Dabei handelt es sich um Nachzahlungen von Gewerbesteuer aus organisatorischen Gründen für Vorjahre, die sich so nicht wiederholen lassen.

Bei allem Optimismus bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung – für den vorliegenden Doppelhaushalt 2014/2015 kann nicht von dieser schwindelerregenden Höhe der Gewerbesteuer ausgegangen werden.

Und damit komme ich zu dem kommunalen Dilemma:

Die Erträge der Kommunen sind zu einem hohen Anteil von den zu erbringenden Leistungen abgekoppelt. Die Gewerbesteuer als eine der größten Ertragspositionen richtet sich nicht danach, wie viele Krippenplätze die Stadt Wiesbaden zur Verfügung stellt, sondern alleine nach der wirtschaftlichen Entwicklung des Steuerzahlers.

Und der Gewerbesteuereinbruch vor rd. 10 Jahren (2002) auf 147,0 Mio. € oder das Jahr der Finanzkrise (2009) mit Gewerbesteuererträgen von 170,8 Mio. € zeigen, wie drastisch und schnell sich diese Ertragsposition verändern kann. Dafür reicht schon eine Umorganisation bei einem unserer größten Gewerbesteuerzahler.

Daher ist es notwendig, dass sich die Finanzplanung für die Folgejahre an einem Mittelwert der letzten Jahre orientiert und nicht an den positiven Spitzenwerten des Vorjahres. Das

ist umso wichtiger, da es sehr enge Verflechtungen zwischen den eigenen Steuereinnahmen und den Schlüsselzuweisungen des Landes gibt:

Verkürzt gesagt, führen hohe eigene Steuereinnahmen zu geringeren Schlüsselzuweisungen im Folgejahr.

Die konkreten Auswirkungen der positiven Gewerbesteuer im 1. Quartal 2013 auf die Schlüsselzuweisungen 2014 können noch nicht abschließend bewertet werden. Hier besteht noch ein Risiko für den Doppelhaushalt 2014/2015.

Zur Verdeutlichung der Planungsdaten 2014/2015 möchte ich Ihnen noch einmal kurz die Strukturdaten des Haushalts skizzieren:

Etwa 50% der Wiesbadener Erträge kommen aus der Gruppe „Steuern und Abgaben“, davon wiederum 50% aus der Gewerbesteuer. D.h. 25% der Gesamterträge kommen aus der Gewerbesteuer. Das macht sie zu der bedeutendsten Ertragsquelle unseres Haushalts.

In den Gruppen „Kostenerstattungen, Zuwendungen und Umlagen“ (23%) finden sich als weitaus größte Position mit über 100 Mio. € die Schlüsselzuweisungen. Diese Position ist – wie ausgeführt - noch risikobehaftet. Darüber hinaus ist erstmals die volle Erstattung des Bundes für SGB XII Transferleistungen in Höhe von 31 Mio. € enthalten.

Die Erträge aus Transferleistungen (rd. 16%) enthalten überwiegend die Erstattungen für die von uns ausgezahlten Transferaufwendungen nach SGB II (Hartz IV) – also sozusagen durchlaufende Gelder. Es handelt sich um zweckgebundene Erträge, d.h. diesen Erträgen steht in der Regel ein verbundener Aufwand in mindestens gleicher Höhe gegenüber.

In der Gruppe „Sonstige ordentliche Erträge“ (2%) findet man als größte Position die Konzessionsabgabe.

Nur etwa 5% unserer gesamten Erträge stammen aus einem direkten Leistungsaustausch, also aus Gebühren für Krippenplätze, Stadtbibliotheken, Erbbauzinsen oder Verpachtungen.

Im Gegensatz zu den rd. 100 Hessischen Schutzschirmkommunen können wir es eigenständig entscheiden, in den Jahren 2014/2015 auf Gebührenerhöhungen zur Haushaltssanierung zu verzichten.

Bei den Aufwendungen dominiert mit rd. 41% die Gruppe der Transferaufwendungen, also unsere Sozialleistungen und Zuschüsse an die Bürger/-innen, an Einrichtungsträger, an Vereine und z.B. unser Zuschuss für den ÖPNV.

Der hohe Anteil der Transferaufwendungen an den Gesamtaufwendungen spiegelt auch wider, dass Wiesbaden eine Optionskommune ist. Wir wickeln diesen Bereich komplett kommunal ab. Eine richtige Entscheidung, denn so gelingt es Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung mit weiteren kommunalen Angeboten zu verzahnen und den Menschen in Wiesbaden wichtige Hilfestellungen zu bieten, zum Beispiel bei Gesundheitsleistungen, Bildungsangeboten und der Kinderbetreuung.

Bürgermeister und Sozialdezernent Arno Goßmann setzt als spezifischen Schwerpunkt des Kommunalen Jobcenters auf die Angebote für Alleinerziehende. Mit maßgeschneiderten Programmen gelangen ihm und seiner Mannschaft einerseits die passgenaue Hilfe und andererseits eine gute Verzahnung mit Sozialen Diensten der Stadt.

Der Erfolg ist messbar:

In 2011 betrug die Integrationsquote für Alleinerziehende nur 16 Prozent, bis 2013 konnte sie auf rund 22 Prozent gesteigert werden. In den anderen Rhein-Main-Städten ist eine so konstante Steigerung nicht zu erkennen. Dort sind seit 2012 die Fälle der Integration von Alleinerziehenden rückläufig. Sie liegen deutlich unter den Zahlen von Wiesbaden.

Und die Integrationsquote bei den SGB II Empfängern gesamt stieg in Wiesbaden von 20,7 Prozent in 2011 auf 26,2 Prozent in 2013.

In dem Ihnen vorliegenden Entwurf liegen die ordentlichen Erträge der Allgemeinen Finanzwirtschaft in etwa auf dem Niveau 2012. Zu den Haushaltsplan-Beratungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung werden wir noch das Ergebnis einer Überprüfung der Allgemeinen Finanzwirtschaft vorlegen.

Zu den im Doppelhaushalt 2014/2015 noch enthaltenen Konsolidierungsbeiträgen („Konso II“) habe ich eine Sitzungsvorlage mit einem Vorschlag zur Auflösung der „Konso II“ eingebracht.

Das Innenministerium plant, die Finanzaufsicht zu optimieren, da Befürchtungen bestehen, dass es zu weiteren finanziellen Notlagen hessischer Kommunen kommt. Die positive Entwicklung auf der Einnahmenseite der hessischen Kommunen findet nämlich in den Haushaltsplanungen keinen Niederschlag. Fast 90 % der Kommunen haben für das Haushaltsjahr 2013 mit erheblichen Defiziten geplant.

Daher sollen erste Regelungen zur Optimierung der Finanzaufsicht bereits im Oktober in einen sogenannten „Herbsterlass“ einfließen.

Der Erlass soll die Schwerpunkthemen

Haushaltssicherungskonzepte,
Eröffnungsbilanzen / Jahresabschlüsse,
Straßenbeitragssatzungen und
Realsteuerhebesätze

enthalten.

Ich möchte die Punkte im Einzelnen kurz erläutern:

- **Haushaltssicherungskonzepte:**
Die Aufsichtsbehörden sollen ab den Haushaltsgenehmigungsverfahren 2014 darauf achten, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen an ein Haushaltssicherungskonzept eingehalten werden.

Unzureichende Haushaltssicherungskonzepte werden sofort zurückgewiesen. Eine Haushaltsgenehmigung wird bis zur Vorlage ausreichender Haushaltssicherungskonzepte zurückgestellt.
- **Eröffnungsbilanz / Jahresabschlüsse:**
Die zeitnahe Vorlage von Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüssen soll künftig zur Bedingung der Haushaltsgenehmigung gemacht werden.
- **Straßenbeitragssatzungen:**
Ab dem Haushaltsjahr 2014 ist die Kommunale Finanzaufsicht verpflichtet, Straßenbeitragssatzungen bei defizitären Kommunen durchzusetzen.

- Realsteuerhebesätze:
Viele defizitäre Kommunen haben noch Hebesätze unter dem Landesdurchschnitt.

Die Kommunale Finanzaufsicht soll ab Haushaltsjahr 2014 die Erlassvorgabe strikt durchsetzen.

Da die Realsteuerhebesätze bei der Landeshauptstadt Wiesbaden über dem Landesdurchschnitt liegen, muss ich nicht weiter auf dieses Thema eingehen.

Zum aktuellen Zeitpunkt steht noch nicht fest, wie die einzelnen Punkte umgesetzt werden. Nur durch einen ausgeglichenen Haushaltsplan lässt sich die Klippe des „Herbsterlasses“ umschiffen.

Der Hessische Staatsgerichtshof hat mit Urteil das Finanzausgleichsgesetz 2011 in seinen wesentlichen Bestimmungen für unwirksam erklärt.

Zur Begründung seines Urteils hat der Staatsgerichtshof im Wesentlichen darauf abgestellt, dass das Land vor seiner Entscheidung zum Entzug den Bedarf der Kommunen nicht sorgfältig und nachvollziehbar ermittelt hat.

Das Land ist formal verpflichtet, bis spätestens 31. Dezember 2015 das verfassungswidrige Gesetz nachzuarbeiten.

Für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs wurden seitens des Hessischen Ministeriums der Finanzen und der Kommunalen Spitzenverbände verschiedene Lenkungs-, Arbeits- und Projektgruppen eingerichtet, in denen der Leiter der Kämmerei und ich als Stadtkämmerer ebenfalls vertreten sind.

Bisher ist ungewiss, wie die Kriterien für die Bedarfsanalyse aussehen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die

Schlüsselzuweisungen für Wiesbaden deutlich niedriger ausfallen als bisher.

Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 sind gut. Hier sind wir – im Vergleich zu den Vorjahren – in einer erfreulichen Lage. Oberste Zielsetzung muss daher die Vorlage eines ausgeglichenen (genehmigungsfähigen) Haushaltes sein.

Dies ist nicht nur wegen der Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) erforderlich. Ein ausgeglichener Haushalt ermöglicht uns ein Stück weit „kommunale Autonomie“ und finanziellen Spielraum.

Einen Haushaltsausgleich erreichen wir aber nicht ohne Anstrengungen. Die Ertragsseite ist weniger „das Problem“ unserer Stadt. Unsere Herausforderung liegt auf der Aufwandsseite. Hier müssen wir uns darauf einrichten, ein Budget zur Verfügung zu stellen, welches auch schweren Stürmen trotz (z.B. bei einem Rückgang der Gewerbesteuer).

Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. Er enthält die (im Haushaltsjahr) für die Erfüllung der Aufgaben anfallenden Erträge und die entstehenden Aufwendungen sowie die entsprechenden Einzahlungen und Auszahlungen.

So lautet in Kurzfassung die Regelung in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).

Angestrebt wird damit eine realistische Darstellung aller Maßnahmen, die im Rahmen des Doppelhaushaltes auch umgesetzt werden (können). Eine „Wunschzettel-Veranschlagung“ scheidet daher aus. Ziel ist es daher, die in Zahlen „gegossenen“ Maßnahmen auch in der Realität umzusetzen. So soll z.B. der Neubau einer Kindertagestätte

nicht „nur“ im Haushaltsplan „stehen“, sondern auch „in Stein“ in einem unserer Ortsbezirke.

Haushaltansätze, die über Jahre hinweg ein „Schattendasein“ führen, sind nicht sinnvoll.

Verzögerungen, z.B.

- durch einen strengen Winter oder umfangreiche Ausschreibungs- und Vergabeverfahren,
- durch einzuhaltende Sanierungszeiträume wie etwa Ferienzeiten in den Schulen,
- durch noch erforderliche Absprachen mit Nutzern und anderen Beteiligten,
- durch Engpässe bei den Wiesbadener Baufirmen (hohe Nachfrage),

kann auch die beste Haushaltsplanung nicht vermeiden.

Die Regelungen im Haushaltsrecht ermöglichen bei den Investitionen eine Übertragbarkeit. Damit stehen diese Haushaltsmittel auch im folgenden Haushaltsjahr noch zur Verfügung.

Diese Haushaltsreste reichen aber mittlerweile aus, einen kompletten Doppelhaushalt bestreiten zu können. Hier ist weniger mehr.

Die Fragen, die wir uns alle stellen sollten, sind also:

- Müssen wir tatsächlich immer noch mehr Budget bereitstellen?
- Sollten wir nicht vielmehr die vorhandenen Mittel zielgerichtet und priorisiert einsetzen?

- Wie können wir den Umsetzungsgrad erhöhen und den Mittelabfluss beschleunigen, um nicht weiter diese immensen Reste vor uns her zu schieben?
- Wie können wir die Zeitplanung, die Taktung unserer Bauprojekte mit den Haushaltsberatungen weiter verbessern?

Ich lade meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Magistrat ein, an der Idee mitzuwirken, unser Bauprojektcontrolling weiter auszubauen. Ebenso lade ich insbesondere die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder ein, diese Gedanken mit in die Beratungen einfließen zu lassen.

Eine der größten Herausforderungen, der sich Politik und Verwaltung bewusst stellen, ist der Ausbau der Kinderbetreuung. Unser Ziel ist es, genau die Altersgruppen besonders zu fördern, für die bislang nicht genügend Plätze vorhanden waren.

Bis zum Ende des nun zu beratenden Doppelhaushaltes werden wir den Ausbau weiter vorantreiben.

Die Integration der ehemaligen Hortplätze in die Grundschulkinderbetreuung bringt eine schrittweise Vereinheitlichung der Betreuungsangebote für diese Altersgruppe mit sich. Für die Eltern werden die Angebote und die Beiträge wesentlich transparenter.

Die freiwerdenden Kapazitäten werden schrittweise in Krippenplätze umgewandelt. Zugleich läuft der Ausbau der Krippenplätze durch Neu- und Erweiterungsbauten auf Hochtouren.

Den allergrößten Teil der Kosten trägt - wie Sie sehen können - die Stadt. Der Anteil der Elternbeiträge bleibt unter 10%.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass der Bereich der Kinderbetreuung einer der wenigen ist, für die die Aufsichtsbehörde eine Ausweitung des Personals akzeptiert – sowohl was die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, als auch den absoluten Euro-Betrag.

Die Schulen sind neben der Kinderbetreuung ein weiterer Schwerpunkt in unserer Prioritätensetzung. Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung ist eine konsequente Fortführung der Betreuung im Vorschulalter – und stellt die Weichen – auf den richtigen Kurs – Richtung Ganztagschule.

Wir – in erster Linie Schuldezernentin Scholz - ergänzen diese große Aufgabe um weitere Satelliten, wie die inklusive Bildung oder Präventionsmaßnahmen. Das alles kostet Geld – viel Geld.

Wir tragen diesen Bedürfnissen Rechnung, indem wir u. a. auch die Mittel für bauliche Maßnahmen stetig erhöhen. Aktuell ist eine Steigerung bereits in der Anmeldung von 30 Millionen Euro zu sehen.

Hier sind wir allerdings auf spezielle Finanzierungsmodelle angewiesen. Neubauten oder Ausbauten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung können wir nur finanzieren, wenn die Investoren sich an der Bereitstellung auch der sozialen und kulturellen Infrastruktur beteiligen.

Eines der großen Einzelprojekte, die die Stadt stemmen muss, ist der Neubau der Rhein-Main-Hallen. Neben den bereits zugesagten 30 Mio. € Investitionskostenzuschuss aus dem Doppelhaushalt 2012/2013 zu den Investitionen von ursprünglich 130 Mio. € werden weitere finanzielle Unterstützungen notwendig. Der Buchwertverlust aus dem Abriss der vorhandenen Gebäude und der defizitäre, reduzierte Geschäftsbetrieb während der Neubauphase werden nicht mehr durch das vorhandene Eigenkapital der Gesellschaft gedeckt werden können. Das Risiko ist im Doppelhaushalt 2014/2015 vorsorglich „eingepreist“. Ob in ausreichender Höhe, wird sich erst mit dem Vollzug der Maßnahme zeigen.

2013 sollte ursprünglich mit dem verlagerten Bau des Spezialpflegeheims - Ersatz für das Moritz-Lang-Haus und das Simeonhaus - in unmittelbarer Nähe zu den Dr. Horst Schmidt Kliniken begonnen werden.

Die Planung für das Pflegeheim sieht mit fast 180 Plätzen mehr Betten vor als ursprünglich geplant – so kann das Angebot für Menschen mit demenziellen Erkrankungen ausgeweitet werden. Denn neben der klassischen vollstationären Pflege sollen hier vor allem Demenzkranke und Schwerstpflegebedürftige wie Wachkomapatienten oder Menschen versorgt werden, die einer Langzeitbeatmung bedürfen. Durch die Nähe zum Großklinikum könnten die Betreuten optimal versorgt werden.

Wir halten trotz der durch die Umplanung bewirkten Verzögerungen an dem Neubau fest - als klares Zeichen für die Fortführung und Weiterentwicklung der Pflege in städtischer Hand.

Wenn Menschen längere Zeit ohne Arbeit leben, verlieren sie an Selbstwertgefühl. Das Amt für Soziale Arbeit und das Amt für Wirtschaft und Beschäftigung des Kollegen Bendel initiieren viele Projekte im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen.

Das „Städtische Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung“ wurde 2012 aufgelegt, um die Kürzungen des Bundes bei den Eingliederungshilfen temporär zu kompensieren, notwendige Umstrukturierungen bei Beschäftigungsträgern zu fördern und zum Teil dauerhafte kommunale Ergänzungsmaßnahmen zu den bundesfinanzierten Eingliederungshilfen zu ermöglichen.

Ob 50+, Alltagsengel, Greenteam, Wohnbetreuer – die kommunalen Maßnahmen sind so vielfältig und individuell wie ihre Teilnehmer/-innen.

Im Doppelhaushalt 2014/2015 stehen nach wie vor ausreichend Mittel zur Verfügung, damit dieser wichtige kommunale Aufgabenbereich erfolgreich weitergeführt werden kann.

Wiesbaden gehört zu den wenigen Kommunen, die keine Diskussion über Kostenreduzierungen im Kulturbereich führt. Auch hier gilt als Basis das Jahr 2012 mit den Zusetzungen für die Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Der höchste laufende Zuschuss im Kulturbereich ist der an das Staatstheater Wiesbaden mit rd. 15 Mio. € - etwa 68% der Transferaufwendungen im Kulturamt.

Nach dem Neubau der Schlachthofhalle steht jetzt der Umbau des Wasserturms auf dem Schlachthofgelände an. Rd. 4,5 Mio. € werden zur Verfügung gestellt. Wir zeigen, dass die Kultur in Wiesbaden vielfältig und bunt ist.

Anfang 2014 werden wir die Eröffnung der Stadtbibliothek an dem neuen Standort Mauritiusgalerie feiern. Moderne Räume und moderne Technik werden den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung bereit gestellt. Für die Ausstattung stehen rd. 3 Mio. € zur Verfügung. Sie werden nicht viele Kommunen finden, die in diesen Zeiten ein solches Projekt finanzieren und in so kurzer Zeit abwickeln.

Wenn die Aufsichtsbehörde von freiwilligen kommunalen Leistungen spricht, die eingeschränkt werden sollen, dann steht naturgemäß die Kultur an prominenter Stelle. Wiesbadens Finanzpolitik setzt da andere Signale: Kultur ist ein wichtiger Bestandteil für die Attraktivität der Stadt und erhöht die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Auch mit unseren Bauvorhaben sind wir auf gutem Kurs! Es ist uns gelungen, das bewährte Verfahren zur Einhaltung der Nettoneuverschuldung Null einzuhalten.

Das heißt, dass wir weiterhin unser Investitionsniveau halten werden. Dadurch stärken und sichern wir unser Anlagevermögen und damit die infrastrukturelle Substanz unserer Stadt.

Vor die Klammer gezogen werden zwei Großprojekte:

- zum einen der Neubau der Rhein-Main-Hallen,
- zum anderen der Platz der Deutschen Einheit.

Beide Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Größenordnung und ihrer Bedeutung für die Stadt einzigartig. Die Erhöhung der Kreditmarge für diese Zwecke erscheint mir daher nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten.

Diese Maßnahmen finden sich wieder in dem großen Anteil der Mittel für Wirtschaftliche Unternehmen bzw. Grundvermögen: beide Maßnahmen sind diesem (roten) Tortenstück zugerechnet.

Unser Investitions- und Instandhaltungsplan für 2014/2015 zeigt mit einem Volumen von 254 Millionen Euro bereits jetzt eine Steigerung von 23% gegenüber dem laufenden Doppelhaushalt. Es freut mich, dass es uns gelungen ist, dies so darzustellen, dass wir damit im Rahmen der Auflagen der Aufsichtsbehörde bleiben.

Lassen Sie uns noch einen anderen Blick auf die Entwicklung unserer politischen Schwerpunkte werfen:

Die Schulen und die Kinderbetreuung weisen beide gegenüber dem letzten Haushalt absolute Steigerungsraten auf - wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs hat die Stadt sich für die Zusammenführung der ESWE Verkehr und WiBus entschlossen. Darüber hinaus wird unter Leitung von Verkehrsdezernentin Möricke das Projekt ÖPNV - zusammen mit der Stadt – eingerichtet, das den Erhalt der Linienkonzession 2017 als Zielsetzung hat.

Die städtischen Beteiligungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH haben in den zurückliegenden Haushaltsjahren mit jährlich 20 Mio. € ihren Beitrag zum städtischen Haushalt geleistet.

Auch für den Doppelhaushalt 2014/2015 ist eine jährliche Dividende der Holding an die Stadt geplant.

Weiterhin plant die Stadt mittels der städtischen Gesellschaften große Investitionsprojekte, deren Finanzierung auf ein solides Fundament gestellt werden muss.

Zusätzliche laufende Zuschüsse der Stadt an die Eigenbetriebe und Gesellschaften müssen nach Möglichkeit vermieden werden.

Ein wichtiges Thema ist der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus.

Im Doppelhaushalt 2014/2015 sind ca. 8 Mio. € pro Jahr für die Wohnungsbauförderung vorgesehen. Wiesbaden beabsichtigt zwischen 2013 und 2018 etwa 50 Mio. € für den Wohnungsbau bereitzustellen, die über Grundstücksverkaufserlöse refinanziert werden sollen.

Wichtige Partner sind die städtischen Gesellschaften wie die GWW, die Projekte im sozialen Wohnungsbau umsetzen wird. Die Stadtentwicklungsgesellschaft SEG ist ein Partner, um mehr Studentenwohnungen zu ermöglichen.

Wiesbaden befindet sich finanziell auf gutem Kurs. Wir stehen im Bundesvergleich und auch hessenweit gut da. Und das sollte auch so bleiben.

Erst vor wenigen Wochen kam eine Studie der Bertelsmann Stiftung zum Ergebnis, dass in vielen Kommunen keine

ausreichende Finanzausstattung mehr gegeben ist. Darunter leidet in der Konsequenz die kommunale Selbstverwaltung.

Wiesbaden hat seit 2003 keine Kassenkredite mehr benötigt – eine Seltenheit in der bundesdeutschen kommunalen Landschaft!

Während die Summe der Kassenkredite in den Städten und Gemeinden Ende 2011 bundesweit auf rund 44 Mrd. EUR angestiegen ist, verfügen wir nach wie vor über einen positiven Kassenbestand. Die vorhandene Liquidität kann die Kämmerei täglich am Geldmarkt als Tages- bzw. als Termingelder anlegen.

Der gute Status unserer Stadt sichert uns gute Finanzierungsbedingungen und weitgehende Autonomie bei unseren Entscheidungen. Unser gemeinsames Ziel sollte daher sein, diesen auch in Zukunft zu erhalten.

Unser Schuldenstand betrug Ende 2012 insgesamt rund 357 Mio. EUR. Auch das ist vergleichsweise niedrig im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung (1.332 EUR).

Im regionalen Vergleich dazu liegen

- Frankfurt (1.509 EUR)
- Darmstadt (1.816 EUR)
- Offenbach (2.215 EUR)
- Mainz (1.558 EUR)

deutlich höher.

Der seit langem beschrittene finanzpolitische Weg der „Nettoneuverschuldung Null“ hat sich bewährt. Im Kern möchte ich diesen Weg auch künftig weiter beschreiten.

Wir werden das bisherige „Zinssicherungsmanagement“ beibehalten und das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau

nutzen, um den Zinsaufwand mit möglichst langen und günstigen Zinsbindungen zu verstetigen.

Das Zinssicherungsmanagement schafft Planbarkeit für künftige Haushalte - und nicht zuletzt Sicherheit.

Lassen Sie mich nochmals verdeutlichen, wie unabdingbar starke finanzielle Kennzahlen sind, um gute Finanzierungsbedingungen zu erhalten. Wiesbaden steht gut da und das ist bei unseren Finanzierungen auch spürbar.

Umso wichtiger wird es sein, die vorhandene gute Basis mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 zu untermauern und auszubauen. Nur so behalten wir auch weiterhin das Heft kommunalen Handels in der Hand.

All die Millionen im städtischen Haushalt entfalten erst dann ihre Wirkung, wenn wir auf eine leistungsstarke Verwaltung bauen können, die diese Zahlen in konkretes Handeln umsetzt.

Die Anforderungen werden nicht kleiner: Ob einzelne Bürgerinnen und Bürger, ob Initiativen und Vereine – sie alle erwarten, dass die Stadt ihrem jeweiligen Anliegen gerecht wird.

Die Anmeldungen der Ortsbeiräte, die Ihnen vorliegen, geben da nur einen kleinen Ausschnitt der zahlreichen Wünsche und Erwartungen, die an „Die Stadt“ gerichtet werden.

Andere Anforderungen erreichen uns von den höheren Ebenen wie Bund und Land, ohne dass ein ausreichender finanzieller Ausgleich erfolgt.

Stattdessen gibt uns das Land als Kommunalaufsicht vor, grundsätzlich keine Ausweitung unseres Personalbestands

vorzunehmen. Ausgenommen sind der Krippenausbau und das Personal, das zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben benötigt wird, sowie sogenannte rentierliche Stellen: Personal, das sich selbst finanziert.

Ich stelle fest: Auch jenseits des Krippenbereichs haben wir einen moderaten Anstieg beim Personal und der schwierige Ausgleich des städtischen Haushalts führt nicht zu einem Personalabbau.

Im Gegenteil: Wir haben im Doppelhaushalt 2014/2015 insgesamt 19,4 Mio. € für Besoldungs- und Tarifsteigerungen vorgesehen. Das ist seit einigen Jahren das erste Mal, dass die Steigerungen nahezu vollständig den Dezernaten zugewendet werden und keine Kompensation in den Fachbereichen stattfinden muss. Die Zusetzung reduziert den Druck auf Einsparungen und entspannt die Situation im Personalbereich.

– Aber:

Mit einem relativ stabilen Personalbestand lassen sich nicht immer mehr Aufgaben bewältigen. So bleiben unter den Vorgaben des Landes viele Wünsche und durchaus nachvollziehbare Erwartungen unerfüllt.

Und ich füge hinzu: Das werden Sie auch durch etwaige Zusetzungen im Haushalt nur begrenzt ändern können, solange die Vorgaben des Landes Bestand haben.

Umso größer ist mein Respekt für all die Beschäftigten der Landeshauptstadt Wiesbaden, die unter nicht immer einfachen Bedingungen dafür sorgen, dass wir tatsächlich auf eine leistungsfähige Verwaltung bauen können.

Diese Ressource (um hier einmal die betriebswirtschaftliche Brille aufzusetzen) ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb werden wir die Ergebnisse des Badura-Gutachtens auch nicht leichtfertig abtun, sondern die dort beschriebenen Probleme gründlich aufarbeiten. Nicht nur federführend durch Oberbürgermeister Gerich und Personaldezernent Bendel, sondern mit allen, die hier Personalverantwortung tragen.

An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst ganz einfach Danke sagen. Danke für eine gute Arbeit!

Dank sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem hauptamtlichen Magistrat, die großen Anteil daran haben, dass ich Ihnen heute einen ausgeglichen Haushaltsplan-Entwurf vorlegen kann.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass die Anmeldungen der Fachdezernate weitaus höher gelegen haben. Geeint hat uns aber das Ziel, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Nur so erlangen wir in 2014 schnellstmöglich volle Handlungsfähigkeit.

Die Alternative wären zähe Verhandlungen mit dem Land und eine vorläufige Haushaltsführung, die dem Stadtkämmerer zwar bessere Zahlen beschert, die die weitere Entwicklung unserer Stadt aber lähmen würde.

Daran kann in unserer Stadt niemand Interesse haben.

Wenn sich diese Einsicht auch in den nun beginnenden Haushaltsberatungen niederschlägt, dann kann nicht nur der Stadtkämmerer mit Zuversicht auf die kommenden zwei Jahre blicken.

Dann leben wir nicht über unsere Verhältnisse und werden dennoch vieles bewegen können.

Dann bleibt Wiesbaden auf einem guten Kurs.